



DEUTSCHER HAUSÄRZTEVERBAND

Beschlüsse der Delegiertenversammlung am 25./26. September 2013 in Berlin

Zentrale Forderungen an die neue Bundesregierung

Die Delegiertenversammlung hat beschlossen, Hausarztmedizin ist Familienmedizin. Sie ist und bleibt in einer immer älter werdenden Bevölkerung wichtiger denn je. Die neue Bundesregierung ist daher angehalten, die Stellung der Hausarztmedizin in Deutschland weiter zu stärken und stabile und nachhaltige Rahmenbedingungen für die Hausärztinnen und Hausärzte und den hausärztlichen Nachwuchs zu schaffen.

Die zentralen Forderungen an die neue Bundesregierung sind daher:

- Die Stärkung der eigenständigen hausärztlichen Tarif- und Vertragsautonomie im Rahmen von Selektivverträgen,
- die Abschaffung der Refinanzierungsklausel im § 73b Abs. 5a SGB V unter Beibehaltung der Pflicht der Kassen zum Abschluss von Hausarztverträgen,
- die Schaffung einer gesetzlichen Regelung zur Zulässigkeit von rein hausärztlichen MVZ im SGB V,
- die Förderung der Etablierung von Ordentlichen Lehrstühlen für Allgemeinmedizin an allen Medizinischen Fakultäten,
- die Förderung der Einführung eines Pflichtquartals Allgemeinmedizin im Rahmen des Medizinstudiums,
- die finanzielle Förderung und Unterstützung der allgemeinmedizinischen PJ-Studenten,
- die Abschaffung des Numerus Clausus als alleiniges Zugangskriterium für das Medizinstudium,
- dass staatlich garantiert wird, die Weiterbildungsförderung für Weiterzubildende umfassend zu garantieren.

Präventionsleistungen im Rahmen der HzV

Die Delegierten stellen fest, dass Prävention ein wesentlicher Bestandteil der hausärztlichen Tätigkeit ist. Die Bedeutung der Prävention für eine umfassende und qualitativ hochwertige hausärztliche Betreuung der Patientinnen und Patienten ist nicht zu unterschätzen.

Die Delegierten fordern daher die Gesetzlichen Krankenkassen auf, das Präventionsangebot für ihre Versicherten weiter auszubauen und die hausärztlichen Leistungen auch im Rahmen der Hausarztzentrierten Versorgung entsprechend des Aufwandes ausreichend zu vergüten.

Bundesweiter Informationstag Hausarztpraxen

Die Delegierten fordern die Geschäftsführung des Deutschen Hausärztesverbandes auf, in Absprache mit den Vorsitzenden der Landesverbände des Deutschen Hausärztesverbandes, noch in 2013 den Mitgliedern des Deutschen Bundestages das Angebot zu unterbreiten, im Frühjahr 2014 an einem bundesweiten Informationstag in einer Hausarztpraxis im jeweiligen Wahlkreis teilzunehmen und diese Kampagne entsprechend öffentlichkeitswirksam zu begleiten.

Hauptziel dieses Informationstages soll neben der reinen Information über die Vielfalt und Notwendigkeit einer qualifizierten wohnortnahen hausärztlichen Versorgung die Sensibilisierung für die Notwendigkeit der Stärkung der Hausarztzentrierten Versorgung sein.

Neuordnung des PJ

Die Delegiertenversammlung fordert die künftige Bundesregierung auf, umgehend eine Neuordnung des Praktischen Jahres im Rahmen des Medizinstudiums vorzunehmen. Neben den Fächern Innere Medizin und Chirurgie muss ein Pflichtquartal Allgemeinmedizin absolviert werden. Ein weiteres Quartal verbleibt den Studierenden zur freien Verfügung in der Verteilung auf die vorgenannten oder andere Fächer der patientennahen klinischen Versorgung.

Sozialpädiatrische Leistung im geänderten EBM ab 01.10.2013

Die Delegierten fordern den Bundesvorstand auf, bei der KBV die Öffnung der sozialpädiatrischen Leistung nach GOP 04355 im geänderten EBM auch für Allgemeinärzte durchzusetzen. Mit der GOP 04355 können Pädiater den zusätzlichen Aufwand für die sozialpädiatrisch orientierte eingehende Beratung, Erörterung und/oder Abklärung bei der Betreuung chronisch kranker und/oder behinderter Kinder abrechnen. Dies muss auch für Allgemeinärzte möglich sein.